

BERLIN, 22. September

Klimaschutz ist für Angela Merkel mehr als nur ein politisches Ziel. Er ist ihr ein persönliches Anliegen. Das teilt die Bundeskanzlerin, die 1995 als Umweltministerin der ersten Weltklimakonferenz vorgestanden hat, mit der großen Mehrheit der Bevölkerung. Der Schutz von Klima und Umwelt erreicht bei Umfragen immer wieder sehr hohe Zustimmungswerte.

Allerdings schrumpft die Begeisterung im Wahlvolk umso mehr, je konkreter die Auswirkungen jener abstrakt in Gesetzen, Verordnungen oder internationalen Verträgen niedergelegten Schutzziele für den Einzelnen zu spüren sind. Das Aufstellen turmhocher Windkraftanlagen auf den bewaldeten Höhen des Schwarzwalds entzweit Täler, der Bau neuer, für die Energiewende lebenswichtiger Stromtrassen einfach ungeahnte Proteste, und in den Städten wollen auch die Mieter, die kein Dach für geförderten Photovoltaikstrom besitzen, ein paar Krümel vom Energiewendekuchen abbekommen.

Der frühere Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), der im Titel auch den Energieminister trug, hat das auch im Widerstreit mit der einflussreichen Gewerkschaft IG BCE erfahren. Natürlich war es ein kluger Gedanke, Wirtschaft und Energie unter dem Dach eines Ministeriums zu bündeln – doch die Interessengegensätze gingen damit ebenso wenig verloren wie im Superministerium für Wirtschaft und Arbeit, das sich SPD-Mann Wolfgang Clement 2002 geschnitzt hatte.

Die vergangenen vier Jahre haben gezeigt, dass die Widerstände gegen die Umsetzung der Energiewende nicht kleiner werden, je weiter sie voranschreiten. Im Gegenteil. Das werden die Politikplaner auch für die kommende Wahlperiode zu beachten haben. Zu ambitionierte Minderungs- und Einsparziele, die absehbar nicht erreicht werden können, ohne die Gesellschaft einem schnellen, radikalen Wandel zu unterziehen, dürften sie meiden. Damit untergraben sie die Legitimität der Energiewende: Soll die doch nach innen und außen den Beweis antreten, dass eine Industrialisierung der Exportweltmeister Deutschland den Wandel ohne Wohlstandsverluste hinbekommt. Die beispielgebende Rolle Deutschlands zielt nicht allein und vor allem auf die Einsparung von Kohlendioxid ab – denn mit dem Verzicht auf rund 2 Prozent aller Emissionen auf der Welt wird der Anstieg der Erdtemperatur nicht gestoppt. Auf die Nachahmer kommt es an. So erfahren die ewigen Ziele des „energiepolitischen Dreiecks“ von Preiswürdigkeit und Sicherheit der Versorgung (neben dem Umweltschutz) eine doppelte Begründung: von innen, weil es die Lebensgrundlagen der Bürger und der Wirtschaft betrifft, von außen, weil kein anderes Land dem Beispiel einer durch die Energiewende ruinierten Wirtschaft folgen würde.

Deshalb stehen die Kosten der Energiewende auch mit Recht im Vordergrund. Und deshalb versprechen die meisten Parteien, die Kosten im Griff behalten zu wollen. Da macht es sich gut, dass die von Kohlegegnern finanzierte Berliner „Agora Energiewende“ schon einmal prognostiziert, dass die Ökostromumlage im nächsten Jahr sinken werde – um dann 2019 auf den neuen Rekordwert von 7,5 Cent zu springen.

Die Umlage zur Finanzierung des Ökostroms nach dem Erneuerbare-Energien-



Ein gewohnter Anblick: Windräder in deutschen Wäldern

Foto dpa

Klimavisionen im Realitätscheck

Klimapolitische Wünsche und energiepolitische Realitäten passen nicht immer zusammen. Das wird die neue Regierung erfahren.

Von Andreas Mihm

Gesetz (EEG) hat unter Gabriel, der sie stabilisieren wollte, einen neuen Höhepunkt erklommen. Mit nun 6,88 Cent je Kilowattstunde ist sie so hoch wie nie zuvor. Im ersten Regierungsjahr, 2014, betrug sie 6,24 Cent je Kilowattstunde. An die 25 Milliarden Euro werden die deutschen Stromkunden in diesem Jahr mit der Begleichung ihrer Elektrizitätsrechnung für die Förderung überweisen.

Da ist es kein Wunder, dass viele Bestrebungen auf die Stabilisierung oder Senkung der EEG-Kosten zielen. Rund ein Dutzend Vorschläge liegen inzwischen auf dem Tisch. Sie zeigen auf, wie die Kosten anders als nur über die Stromrechnung verteilt werden könnten. Kernpunkte sind: Entlastung durch den Wegfall der (nur dem Bund zustehenden) Stromsteuer, Finanzierung künftiger Subventionen aus dem Bundeshaushalt, Übernahme aufgelaufener Verbindlichkeiten für die auf 20 Jahre garantierte EEG-Einspeisegebühr in einen schuldenfinanzierten Fonds, Beteiligung der Autofahrer (Spritsteuer) an den Kosten. Grüne und manche in der SPD sind auch einer Steuer auf CO₂-Emissionen nicht abgeneigt. Sie sollte den europäischen Handel mit Emissionsrechten, der dringend modernisiert werden muss, ergänzen. Denn aktuell gehen von ihm keine Signale für eine Modernisierung der Er-

zeugung in Energiewirtschaft und Industrie aus und damit auch nicht für eine weitere Minderung der Emissionen.

Doch all das Umverteilen wäre nur ein Kurieren am Symptom, die Kosten blieben hoch. Im Vordergrund müsste deshalb das Bestreben stehen, die Energiewende wirtschaftlicher und effizienter zu machen. So stellt sich die Frage, wie lange Betreiber von Windparks und Photovoltaikanlagen, die inzwischen gut ein Drittel der Stromnachfrage decken, noch einer Förderung bedürfen, ist die Förderung doch nicht mehr weit von den Preisen entfernt, die am Markt für Strom gezahlt werden. Mühsam und reichlich spät wurde die Ökostromförderung (effektiv ab 2019) auf Ausschreibung umgestellt. Jetzt bekommen die den Zuschlag, die mit der geringsten Förderung auskommen. Sollte das nicht auf Sicht besser gemacht werden?

Als Zwischenschritt könnte die Vorzugsbehandlung der Ökostromerzeuger da ein wenig abgebaut werden, wo sie auch dann bezahlt werden, wenn sie wegen fehlender Netze den Markt für ihr Produkt erst gar nicht erreichen. Ob indes die hohen Finanzierungszusagen für noch nicht gebaute Meereswindparks gekappt werden können, wie das Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) im Gespräch mit dieser

Zeitung angeregt hat, scheint zweifelhaft. Sie werden einer der Treiber der Umlage in den nächsten Jahren sein.

Doch eine effizientere Finanzierung der Erzeugung ist nur ein Teil. Die nächste Großaufgabe sind die Netze. Die müssen vermutlich deutlich stärker ausgebaut werden als heute bekannt. Dabei kommt schon der angekündigte Ausbau den Notwendigkeiten und Zeitvorgaben nicht hinterher. Es macht aber keinen Sinn, Strom im Norden zu erzeugen, der nicht zu den Verbrauchern gelangt.

Die Reihenfolge des Ausbaus müsste also vom Kopf auf die Füße gestellt werden: erst das Netz, dann die Kraftwerke. Das muss auch für den Ausbau weiterer Meereswindparks gelten. Das gesamte deutsche Interesse muss mehr Gewicht haben als das der Länder an Nord- und Ostsee, die sich Arbeitsplätze und Steuereinnahmen davon versprechen. Mit der faktischen Begrenzung des Windkraftausbaus in weiteren Teilen Norddeutschlands ist damit ein erster Schritt getan. Weitere müssen folgen, solange nicht Batterien in der Lage sind, all den vielen Strom zu speichern, den das fehlende Transportnetz nicht ableiten kann. Erste vielversprechende – immerhin marktbasierende – Modelle werden erprobt, doch dürfte es dauern, bis sie massentauglich sind.

Deutsche Wirtschaft vor Wahl im Höhenflug

maj. FRANKFURT, 22. September. Kurz vor der Bundestagswahl am Sonntag legt die deutsche Wirtschaft einen weiteren Gang zu. Der Einkaufsmarkindex des britischen Analyseinstituts Markit kletterte im September gegenüber dem Vormonat überraschend um zwei Zähler auf 57,8 Punkte, den höchsten Stand seit sechseinhalb Jahren. Das teilten die Meinungsforscher nach ihrer monatlichen Umfrage unter 800 deutschen Unternehmen am Freitag mit. Damit lag der konjunkturelle Frühindikator deutlich oberhalb der 50-Punkte-Schwelle, die Wachstum signalisiert. „Die deutsche Wirtschaft strotzt vor Kraft“, kommentierte Markt-Ökonom Phil Smith. Wachstum und Beschäftigung legten gleichermaßen „auf breiter Front“ zu.

Besondere Stärke demonstriert zurzeit die deutsche Industrie. Der Teilindikator für die Branche kletterte im September um weitere 1,3 Zähler auf 60,6 Punkte und damit auf den höchsten Wert seit mehr als sechs Jahren. Die Markt-Analysten führten die Hochstimmung in der Industrie auf das „außerordentlich gute Exportneugeschäft“ zurück. Am Donnerstag hatte die Welthandelsorganisation WTO ihre Prognose für das Wachstum des Welthandels in diesem Jahr von 2,4 auf 3,6 Prozent angehoben.

Angetrieben von dem großen Optimismus in Deutschland und überraschend guten Umfrageergebnissen in Frankreich, legte auch die Wirtschaft im gesamten Euroraum im September zu. Das Barometer für die 19 Mitgliedstaaten stieg gegenüber August von 55,7 auf 56,7 Punkte. „Die Wirtschaft im Euroraum setzte am Ende des dritten Quartals einen starken Schlusspunkt“, teilte das Institut weiter mit. Analysten sprachen von der „nächsten Konjunkturüberraschung“. „Die Wirtschaft im Euroraum boomt, und nichts scheint sie bremsen zu können“, kommentierte Commerzbank-Ökonom Christoph Weil. Wachstumstreiber im Euroraum waren ebenfalls die Industrieunternehmen, die den stärksten Zuwachs an Neubestellungen im Monatsvergleich seit April 2011 verzeichneten. Doch auch die Stimmung in der Dienstleistungsbranche hellte sich im September auf.

Wenig Begeisterung für Junckers EU-Pläne

Ratspräsident Tusk äußert sich zurückhaltend und will noch viel diskutieren

hmk/wmu. BRÜSSEL, 22. September. Jean-Claude Juncker mochte die überwiegend kritischen Reaktionen auf seine Rede zur Lage der Union in der vergangenen Woche nicht so recht verstehen. Doch dürfte der EU-Kommissionspräsident kaum zufriedener damit sein, wie nun EU-Ratspräsident Donald Tusk auf die in seiner Straßburger Rede enthaltenen Vorschläge zur Zukunft der EU im Allgemeinen und zum Euroraum im Speziellen reagiert hat. In seinem auf Donnerstag datierten Einladungsschreiben an die Staats- und Regierungschefs zu einem gemeinsamen Abendessen vor dem EU-Digitalgipfel in der kommenden Woche in Tallinn nennt Tusk zwar eine lange Reihe von Zukunftsthemen, über die zu reden sei. Junckers Vorschläge aber erwähnt er nicht.

Zur Zukunft des Euroraums, die einen breiten Raum in Junckers Rede eingenommen hatte, schreibt der Pole lediglich, es seien „eine Reihe von Ideen dazu vorgelegt worden, wie die Zuständigkeiten in der Eurozone geregelt werden kön-

nen und welche Ressourcen sie braucht, über die es noch viel Diskussionsbedarf gibt“. Dafür werde er im Dezember einen Eurogipfel einberufen. Den „goldenen Weg“ zur Vollendung der Währungsunion gebe es nicht, fügt der Ratspräsident hinzu. Damit meint er wohl vor allem: Mag die EU-Kommission schon im Dezember allerlei neue Vorschläge machen, die bis zu einem in der EU-Kommission angesiedelten Chef der Eurogruppe als europäischem Finanzminister reichen sollen, die Mitgliedstaaten werden das so schnell nicht mitmachen.

Tusk schreibt indes, welche Entscheidungen in der Währungsunion in absehbarer Zeit zu treffen seien. Wichtig sei die „Vollendung der Bankenunion“ mit drei konkreten Schritten: die Übergangsförderung („Backstop“) für den Euro-Abwicklungsfonds SRF, die Reduzierung der Risiken in den Bankbilanzen und (damit) die Schaffung einer gemeinsamen Einlagensicherung im Euroraum. Diese drei Schritte hatte Bundesfinanzminister

Super-Wahlsonntag in Duisburg

Die Bürger entscheiden über den Bau des größten deutschen Outletcenters

csc. DÜSSELDORF, 22. September. Am Sonntag bekommen die 3300 Wahlhelfer in Duisburg viel zu tun. Neben der Bundestagswahl und der Wahl des Oberbürgermeisters stimmen die Bürger auch über ein umstrittenes Großprojekt ab. Auf dem alten Güterbahnhof, dem Gelände des Loveparade-Unglücks, soll das größte Outletcenter Deutschlands entstehen. Auf der 30 Hektar großen Brachfläche plant der Grundstückseigentümer und Möbelhändler Kurt Krieger gemeinsam mit dem spanischen Immobilienunternehmen Neinver den Bau von bis zu 180 Geschäften mit einer Verkaufsfläche von insgesamt 30 000 Quadratmetern. Im Stadtrat hatte sich eine Mehrheit aus SPD und CDU im Februar für das Vorhaben ausgesprochen.

Von einer großen Chance für die Stadt spricht der für seine Wiederwahl werben-

de Oberbürgermeister Sören Link (SPD). Das geplante Designer-Outlet-Center (DOC) werde mehr Kaufkraft aus umliegenden Städten nach Duisburg ziehen und für viele neue Arbeitsplätze sorgen. Bis zu 1500 neue Stellen versprechen die Investoren. Im Umkreis von 90 Autominuten machen sie 14 Millionen potentielle Kunden aus. Bis zu 15 Prozent aller Outlet-Gäste besuchen erfahrungsgemäß auch die Innenstadt, argumentiert Neinver. Doch bei den Bürgern formierte sich Widerstand, die Gegner befürchten negative Folgen für die angestammten Läden im Stadtzentrum. Kritisiert wird unter anderem eine unzureichende Anbindung des Einkaufszentrums an die Innenstadt.

Die Bürgerinitiative „Ja zu Duisburg – kein DOC“ strengte ein Bürgerbegehren an und sammelte mit 22 500 Stimmen

mehr als doppelt so viele Unterschriften wie erforderlich. Der Stadtrat blieb bei seiner Zustimmung zu dem Projekt und lehnte das Bürgerbegehren ab. Gemäß der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung ist damit innerhalb von drei Monaten ein Bürgerentscheid erforderlich. Die Outlet-Gegner müssen am Sonntag mindestens 37 000 Bürger – ein Zehntel aller Wahlberechtigten – hinter sich bringen, um das Vorhaben noch zu vereiteln.

Dabei erfordert die Fragestellung, dass die Kritiker mit „Ja“ und die Befürworter mit „Nein“ stimmen. Nach einer Umfrage der Regionalzeitung „WAZ“ sind 46 Prozent der Duisburger gegen das DOC, 35 Prozent wollen sich dafür aussprechen. Mit ersten Ergebnissen des Bürgerentscheids wird in der Stadtverwaltung für den späten Sonntagabend gerechnet.

Sodann muss die Frage geklärt werden, wer künftig wie viel für den Netzausbau zahlt. Heute bezahlt jeder Kunde für jede aus dem öffentlichen Netz bezogene Kilowattstunde anteilig auch EEG-Umlage, Netzkosten, Steuern und andere Gebühren. „Prosumer“, die ihren Solarstrom erzeugen und im Keller in der Batterie speichern, sind davon befreit. Je mehr Konsumenten sich aus der Finanzierung verabschieden, desto teurer wird es für den Rest – der die eh schon schnell steigenden Ausbauskosten tragen muss.

Damit wird die Frage der Versorgungssicherheit berührt. Auf absehbare Zeit wird das Land – so es sich nicht auf Importe aus dem Ausland verlassen will – eine Doppelstruktur aus konventionellen Kraftwerken vorhalten müssen. Die werden für den Fall gebraucht, dass die Sonne nicht durchdringt und der Wind nicht weht – wie Anfang des Jahres mit einer wochenlangen Dunkelklaute. Aktuell gibt es immer noch Überkapazitäten konventioneller Kraftwerke in Deutschland und Europa. Diese vornehmlich alten Braun- und Kohlekraftwerke zu schließen würde helfen, die CO₂-Emissionen erheblich zu mindern. Voraussetzung dafür wären eine Entschädigungsregelung in großem Umfang für die Betreiber, die sich nach ersten Signalen darauf wohl einlassen könnten, und umfangreiche Sozial- und Strukturhilfen vor allem für die ostdeutsche Krisenregion Lausitz. Manches spricht dafür, dass es so kommen wird.

Damit fehlt konventionelle Kapazität für die kritischen Versorgungslagen. Geht es nach der Energiebranche, würden dafür Gaskraftwerke gebaut. Ob die sich allein aus dem Markt finanzieren, bliebe abzuwarten, allerdings dürfte der Marktpreis steigen, wenn weniger preiswerter Kohlestrom angeboten wird. Die Branche hofft immer noch auf ein „Kapazitätsmodell“, in dem es für die Bereitstellung der Erzeugungsanlagen Geld gibt.

Immerhin könnte mit einer baldigen Umstellung auf Gasanlagen viel CO₂ gespart werden – im Gegenzug stiege die Importrechnung für mehr (russisches?) Gas. Doch würde das alles nicht reichen, die hochfliegenden Klimapläne von einer Minderung der Emissionen um 80 bis 95 Prozent bis 2050, bis dahin sind es noch gut 30 Jahre, zu realisieren. Denn auch Erdgas emittiert Kohlendioxid. Anders läge der Fall, wenn bis dahin das Gasnetz zur Speicherung von „grünem Gas“ (mit CO₂ angereichertes, aus Ökostrom erzeugtes Methan) genutzt würde. Dann wäre die CO₂-Bilanz neutral. Allerdings rechnet sich das unter heutigen Förder- und Abgabenbedingungen nicht. Mehr Gas statt Kohle wäre auf jeden Fall ein erster großer Schritt zur Minderung klimaschädlicher Emissionen – und zum Erreichen regierungssamtlicher Ziele.

Im Konzert der großen Emittenten ist die Energiebranche der größte, aber nicht der einzige. Die Industrie, vor allem aber die Gebäudewirtschaft und der Verkehr sollen ihre Emissionen drastisch senken. So steht es im Klimaschutzplan 2050, der in den kommenden Monaten konkretisiert werden soll. Nach bisheriger Regierungsposition wird dann dort vor allem Elektrizität aus regenerativen Quellen eingesetzt, als Energie in der Autobatterie oder zum Betrieb der Wärmepumpe im Gebäude. Das wird trotz aller Sparanstrengungen den Stromverbrauch stark wachsen lassen – den Bedarf zum Ausbau der lokalen und überregionalen Transportnetze vermutlich auch.

Trump soll Solarworld retten

Hersteller fordert hohe Importzölle für die Konkurrenz

wvp. WASHINGTON, 22. September. Gouverneure laufen Sturm gegen Erwägungen des Weißen Hauses, den Import von Solarzellen mit Zöllen zu belegen. Die Unternehmen Suniva und Solarworld USA hatten einen offiziellen Beschwerdebrief an Amerikas Kommission für den Internationalen Handel geschrieben. Sie wollen, dass Präsident Donald Trump sie vor der asiatischen Importkonzurrenz schützt. Die Möglichkeit hätte er auf Grund einer besonderen Rechtsvorschrift, die die heimische Industrie vor hohen Einfuhren bewahrt. Voraussetzung ist dabei nicht, dass der ausländische Produzent durch Dumping oder andere unfaire Praktiken seinen Absatz zu steigern trachtet. Es reicht, dass der Import aus besonders bedeutsam angesehenen wird und zugleich eine wichtige Branche bedroht.

Justiz soll Geschäfte von KPMG untersuchen

JOHANNESBURG, 22. September (dpa-AFX). Wegen Geschäften mit einer umstrittenen Unternehmerfamilie in Südafrika ist der dortige Ableger der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG in die Kritik geraten. Finanzminister Malusi Gigaba forderte die Justiz auf, das Geschäftsgebahren des Unternehmens zu untersuchen. Zudem müsse jede Behörde des Landes eine eventuell bestehende Geschäftsbeziehung zu KPMG auf den Prüfstand stellen, forderte Gigaba am Freitag. „Wir sollten jetzt alle helfen, die verdorbenen Elemente auszusortieren.“ KPMG wird vorgeworfen, den drei Brüdern der Unternehmerfamilie Gupta, die als enge Freunde von Präsident Jacob Zuma gelten, dabei geholfen zu haben, sich regelwidrig Staatsgeschäfte zu sichern (F.A.Z. vom 15. September). Zudem erstellten die Wirtschaftsprüfer einen Untersuchungsbericht zur südafrikanischen Steuerbehörde und spitzten diesen sehr stark zu, um den Finanzminister zu beschädigen, den die Guptas abgelöst sehen wollten.

Rheinländer zahlen in Deutschland die höchsten Mieten

bern. FRANKFURT, 22. September. Zu viele Deutsche zahlen zu viel Miete, so suggeriert es eine Antwort des Bauministeriums auf eine Anfrage der Grünen: Fast vier von zehn Deutschen gaben im Jahr 2014 mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete aus – und die Nebenkosten kommen noch obendrauf. Dabei empfehlen Immobilienexperten in Deutschland seit Jahren, 30 Prozent als Obergrenze zu sehen, damit genug Geld zum Leben übrig bleibt. SPD-Bauministerin Barbara Hendricks nutzt die Zahlen als Vorlage, um im Wahlkampf getreu Parteiprogramm eine Verschärfung der Mietpreisbremse zu fordern. Ist es doch eine Binsenweisheit, dass die Mieten in Großstädten zurzeit schnell steigen.

Bemerkenswert ist aber, dass die Leute nicht etwa in den teuersten Städten viel fürs Wohnen ausgeben. Die Städte, in denen die Menschen fürs Wohnen am meisten ausgeben, sind nicht etwa die mit den höchsten Mieten. Oder die mit den geringsten Einkommen. Stattdessen gibt es regionale Schwerpunkte. Die höchsten Mietkosten nehmen die Bonner, Neusser, Kölner und Düsseldorfer auf sich – alles Rheinländer. Dahinter kommen Bremen und Bremerhaven, wie eine Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung gezeigt hat.

Wie bilden sich diese regionalen Schwerpunkte? Wer die Miete in einem Stadtviertel hoch findet, hat mehrere Möglichkeiten: Er kann die Miete zahlen, er kann in eine günstigere Gegend ziehen, oder er kann auf Quadratmeter verzichten. Offenbar treffen die Menschen in unterschiedlichen Regionen diese Abwägung anders. Das zeigt sich auch mit Blick auf die ganze Welt: Im teuren Tokio geben die Japaner durchschnittlich nur 29,4 Prozent ihres Einkommens für die Miete aus, hat der Immobiliendienstleister Weetas ausgerechnet. Dafür leben die Tokioter in legendär kleinen Wohnungen. In London und New York fällt die Entscheidung anders aus: Dort stecken die Menschen die Hälfte ihres Einkommens in die Miete. Die Deutschen jedenfalls entscheiden sich seit Jahren für immer größere Wohnungen: Die Wohnfläche pro Person wächst, allein zwischen 2012 und 2016 von 46,2 auf 46,5 Quadratmeter pro Person.

Schwaches Pfund bringt Touristen-Rekord

LONDON, 22. September (Reuters). Die vom Brexit-Votum ausgelöste Pfund-Schwäche hat der britischen Tourismusbranche im Juli einen Besucherrekord beschert. Mit 4,02 Millionen ausländischen Gästen wurde erstmals in einem Monat die Vier-Millionen-Marke geknackt, wie aus Daten des Statistikamts ONS vom Freitag hervorgeht. Der Außenwert der Landeswirtschaft hat sich nach der Anti-EU-Abstimmung wegen Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung verringert, wodurch Urlaub auf der Insel für Ausländer günstiger wird. Im Gegenzug müssen die Briten tiefer in die Tasche greifen, wenn sie ins Ausland reisen.

Mehr Kritik an der Energiewende im Osten

DRESDEN, 22. September (dpa). Unternehmen in Ostdeutschland schätzen die Energiewende als schädlicher für ihre Wettbewerbsfähigkeit ein als Unternehmen in anderen Regionen Deutschlands. Zu diesem Ergebnis kommt eine am Freitag veröffentlichte Studie des Industrie- und Handelskammertags (DIHK), für die 2250 Firmen in ganz Deutschland befragt wurden. Hauptgrund für die größere Skepsis im Osten seien die dort teils deutlich höheren Netznutzungsentgelte und die damit verbundenen Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Regionen, teilte die IHK Dresden mit. Im Osten ist Strom teurer als in anderen Bundesländern – auch aufgrund der höheren Netzentgelte. Für neue Leitungen wurde im Zuge des Übergangs zu mehr erneuerbarer Energie viel Geld ausgegeben. Die Netzbetreiber legen diese Kosten auf die Verbraucher um. Weil im Osten weniger Menschen leben und weniger Industrie ansässig ist, muss der Einzelne bislang mehr zahlen.